

Position

Bildungs- und Präventionsarbeitsprojekte in der Antidiskriminierungsarbeit weiter verstetigen und ausbauen!

Adressat*innen:

- Landesregierung Rheinland-Pfalz
- Ministerpräsidentin des Landes Rheinland-Pfalz
- Minister im Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur Rheinland-Pfalz
- Ministerin im Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz Rheinland-Pfalz
- Ministerin im Ministerium für Bildung
- Fraktionen der SPD, CDU, FDP, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN im Landtag Rheinland-Pfalz und (zukünftige)
- Fraktion der Freien Wähler im Landtag in Rheinland-Pfalz

Die Vollversammlung des Landesjugendringes Rheinland-Pfalz beschließt die Forderung, dass präventive Antidiskriminierungsarbeit im Land weiter ausgebaut werden soll, um den aktuellen Herausforderungen durch vor allem rechte Gewalt und Populismus gerecht werden zu können. Dies bedeutet konkret, die Förderung von Projekten und Programmen der Antidiskriminierungsarbeit, wie z. B. das Netzwerk für Demokratie und Courage, auszubauen und zu verstetigen.

Weiterhin soll anerkannt werden, dass auch Programme des Betroffenenenschutzes gleichwertig von Bedeutung sind für die Antidiskriminierungsarbeit. Der Landesjugendring setzt sich bei der Landesregierung dafür ein, ein festes Budget für die Antidiskriminierungsarbeit einzuplanen und ihr einen höheren Stellenwert auch im schulischen Alltag einzuräumen. Bei allen Programmen der Antidiskriminierungsarbeit, die vom Land gefördert werden, muss das Ziel sein, dass die Arbeit unabhängig von den politischen Veränderungen fortgesetzt werden kann.

Nur so können kontinuierliche und qualitativ hochwertige Angebote gewährleistet werden. Durch die Pandemie erlebt die Gesellschaft eine große finanzielle Unsicherheit, dies darf sich jedoch nicht auf die Präventions- und Demokratiewerkarbeit auswirken.

Begründung

Die alltagspolitischen Ereignisse verlangen es: Halle und Hanau, zwei Städtenamen die für rechtsextreme Anschläge bekannt wurden. Im vorletzten Jahr wurde Regierungspräsident Walter Lübcke von einem Neonazi erschossen. Mit der Pandemie im Jahr 2020 begannen die Corona-Demos, auf denen sich ein bürgerliches Milieu neben Neonazis, Reichsbürger*innen und Querdenker*innen wohlfühlt. Der NSU 2.0 macht Schlagzeilen mit Bombendrohung auf die Walter Lübcke - Schule. Diese Ereignisse rechten Terrors sind nur die Spitze des Eisbergs der letzten Jahre, die sich 2021 bereits fortsetzen.

Im Verborgenen bleiben viele kleine Fälle von Alltagsdiskriminierung, die nie bekannt werden. Ein deutlicher Anstieg anti-humanistischen, antisemitischen und antirationalen Denkens ist in der Gesellschaft zu

verzeichnen. Diesem Prozess wird in den Verbänden des Landesjugendringes präventiv mit Angeboten politischer Bildungsarbeit begegnet.

Darüber hinaus zielen Projekte wie das Netzwerk für Demokratie und Courage, Beratungsstellen und die Maßnahmen des Landesaktionsplans auf die Breite der Gesellschaft ab. Solche Präventionsmaßnahmen sind ohne die verlässliche Förderung der Landesregierung nicht durchführbar. Diese Maßnahmen sind aber häufig gekennzeichnet von einer unsteten Finanzierung, die jährlich neu beantragt werden muss und von deren einmaliger Bewilligung nicht auf eine Fortführung der Förderung geschlossen werden kann. Das führt zu Planungsunsicherheit in den Projekten.

Größere Vorhaben über den Verwendungszweck und -zeitraum hinaus, sind – vor allem über mehrere Jahre – undenkbar und für Projektträger*innen häufig zu risikobehaftet. Ehrenamtliche sind oft einem sozialen Druck ausgesetzt, mit ihrem Engagement das Überleben des Projekts abzusichern. Die Rahmenbedingungen der Projektstellen heben sich deutlich von anderen Arbeitsverhältnissen ab. Zu der Unsicherheit der privaten Absicherung durch befristete Anstellungsverhältnisse kommt neben der eigentlichen Arbeit noch die Finanzierung des Arbeitsumfelds dazu.

Dazu kommt außerdem der Erfolgsdruck, dem Projekt eine Wirksamkeit nachweisen zu können, was in der Corona-Pandemie nur unter besonderen Bedingungen möglich ist. In der Projektlogik finden Überstundenregelungen, Urlaubspläne oder Weiterbildungen, wie sie von der Gesetzgebung vorgesehen sind, keinen Platz. Lebens- und Familienplanung wirken unter diesen Umständen utopisch. Die Projektarbeit der Präventionsprojekte ist zentral im Anbetracht der gesellschaftlichen Entwicklung, verlangt aber Aufopferungsbereitschaft ihrer Akteur*innen.

Gerade die für strategisches Arbeiten qualifizierten Fachkräfte wissen, dass sie die Förderlogik nicht aushebeln können. Damit sind häufige Stellenwechsel vorprogrammiert. In der Projektpraxis sind finanzielle Mittel für Doppelbesetzungen während Stellenübergaben nicht vorgesehen. In der Folge muss sich das neue Personal die komplexen Projektzusammenhänge erst wieder neu erarbeiten, was das Projekt immer wieder ins Stocken geraten lässt und für laufende Prozesse verheerende Folgen haben kann.

Die Arbeit der Präventionsprojekte ist zentral um Jugendliche zu mündigen, demokratischen Mitbürger*innen in einer sich verändernden, nicht widerspruchsfreien Gesellschaft zu erziehen. Sie trägt zur politischen Meinungsbildung als Basis unserer demokratischen Gesellschaft bei. Die Präventionsprojekte können keine Hassverbrechen verhindern. Sie können ihnen aber sehr wohl die soziale Legitimation entziehen. Wenn sie mit einer entsprechenden Förderung und Planbarkeit ausgestattet sind.

Mit einer Nein-Stimme und acht Enthaltungen beschlossen durch die 114. Vollversammlung des Landesjugendringes Rheinland-Pfalz am 24. April 2021.